

Mitgliederinformation

26.08.2020

Einkommensrunde 2020 Bund und Kommunen Tarifforderung beschlossen !

Am 25. August 2020 hat die Bundestarifkommission des dbb gemeinsam mit dem Bundesvorstand und der Beamtenkommission die Forderungen zur Einkommensrunde 2020 für die öffentliche Verwaltung von Bund und Kommunen beraten und beschlossen.

Die wichtigsten Forderungen des dbb:

- Erhöhung der Tabellenentgelte um 4,8 Prozent, mindestens 150 Euro, bei einer Laufzeit von 12 Monaten
- Erhöhung der Ausbildungs- und Praktikantenentgelte um 100 Euro sowie eine verbindliche Zusage zur Übernahme der Azubis
- Einbeziehung der praxisorientierten Dualstudiengänge in den TVSöD

Weiter wollen wir

- Angleichung der Arbeitszeit Ost an West im kommunalen Bereich
- Einrichtung eines „Verhandlungstisches Pflege“ zur Verbesserung der Arbeits- und Entgeltbedingungen im Pflegebereich
- Verlängerung und Verbesserung des Tarifvertrags zur Gewährung von Altersteilzeit
- Der öffentliche Dienst braucht Entlastung. Das gilt nicht erst seit der Corona-Krise. Deshalb fordern wir zusätzliche freie Tage für den öffentlichen Dienst
- Nahverkehrsticket für alle Azubis
- Zeitgleiche und systemgerechte Übertragung des Volumens auf den Bereich der Bundesbeamten sowie eine Reduzierung der 41-Stunden-Woche im Bereich der Bundesbeamten

Der BTB-Arbeitnehmervertreter, Michael Brendle, hat die Forderungen der BTB Kolleginnen und Kollegen in die Tarifkommission des dbb eingebracht. Die Termine für die drei geplanten Verhandlungsrunden sind: 1. September, 19./ 20. September und 22./ 23. Oktober jeweils in Potsdam. Michael Brendle und Dr. Bodo Juhnke werden für den BTB an den Verhandlungen teilnehmen.

Abstand und Anstand, das ist die Maßgabe für die anstehenden kontroversen Verhandlungen. Abstand halten ist ein Gebot der Stunde, coronagerechtes Verhalten. Das versteht sich von selbst. Anstand wahren, ist unser Appell an die öffentlichen Arbeitgeber und hier namentlich an den VKA-Chef Ulrich Mädge. Dieser hatte eine Verschiebung der Einkommensrunde in Zeiten der Pandemie ausgeschlossen. Stattdessen hatte Mädge sich für extrem lange Laufzeiten ausgesprochen und gleichzeitig als „Einkommenserhöhung“ einen Inflationsausgleich angeboten - bei einer Inflationsrate im Juli von -0,1 Prozent.

Für den BTB gilt:

Kein Kaputtsparen im öffentlichen Dienst – Augenmaß richtig, Verzicht nein!

BTB Bundesvorsitzender Jan Seidel: unsere Botschaft an die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeber
„Mit uns aus der Krise! - doch nicht gegen uns!“.